

BVMID.de · Rundfunkplatz 2 · 80335 München

Bundeskanzler Friedrich Merz
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katharina Reiche
Bundesminister der Finanzen Lars Klingbeil

Rundfunkplatz 2
80335 München

Tel.: 49 89 54 03 591-0
zentrale@bvmid.de
www.bvmid.de

München, 15. April 2026

BVMID – Bundesvereinigung Mittelstand in Deutschland
Vertreten durch Kajetan Brandstätter, Klaus H. Radtke

Dringender Handlungsbedarf für den Mittelstand – Konsequenzen aus wirtschaftlicher Schieflage

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz, sehr geehrte Frau Ministerin Reiche, sehr geehrter Herr Minister Klingbeil,

der deutsche Mittelstand, Rückgrat unserer Wirtschaft und Motor für Innovation, Investitionen und Arbeitsplätze, gerät immer stärker unter Druck. Es mag eine dramatisch zugespitzte Formulierung sein: er steht buchstäblich vor dem Abgrund.

Die Lage ist alarmierend: In 2025 stiegen die Unternehmensinsolvenzen um 10,3 Prozent auf über 24.000. Besserung? Nicht in Sicht. Denn die Belastung unserer Unternehmen steigt kontinuierlich. Die Energiepreise in Deutschland sind mit die höchsten in der Welt. Während die kWh in Indien oder China bei 7 Cent, in den USA bei 18 Cent und im weltweiten Durchschnitt bei 15 Cent liegt, bezahlen wir hier um die 38 Cent. Mehr als zweieinhalb Mal so hoch wie der Durchschnitt. Gleichzeitig erreichen die Abgabenlasten der Unternehmen 50 bis 60 %. Bürokratie und Regulierungslasten blockieren unnötig Wachstum und Flexibilität. Sie kosten die Unternehmen Milliarden.

Zu den heimischen Problemen gesellen sich internationale Faktoren wie geopolitische Krisen, Handelsrestriktionen und wirtschaftliche Unsicherheiten. Das gefährdet die Planungssicherheit eklatant. Kleine und mittelständische Unternehmen, vor allem ortsgebundene Betriebe und Solo-Selbstständige, werden von aktuellen politischen Vorschlägen – z. B. Änderungen beim Ehegattensplitting, Steuerbelastungen oder fehlende Mitversicherung von nicht tätigen Ehepartnern, Mehrwertsteuererhöhungen – zusätzlich irritiert. Das ursprüngliche Ziel Ihrer Wirtschaftspolitik war doch Entlastung und Entscheidungen, die der Wirtschaft Impulse geben sollten. Davon ist bislang nicht zu spüren.

Der Mittelstand kann seine Zelte hier in Deutschland nicht abbauen und irgendwo anders im Ausland wieder aufbauen. Er ist abhängig von der wirtschaftlichen Prosperität in diesem Land. Und die ist zurzeit akut gefährdet.

Bei den Rentnern hat man nun 2.000 Euro monatlichen Hinzuverdienst steuerfrei gestellt. Warum gilt das nicht auch für Soloselbstständige? Bitte entscheiden Sie dies auch für die Soloselbstständigen. Umgehend.

Die momentane Entwicklung ist nicht nur wirtschaftlich bedrohlich, sie ist auch gesellschaftlich riskant: Der Mittelstand sichert Arbeitsplätze, Innovation und Steuereinnahmen – ohne ihn drohen langfristige Schäden für Deutschland. Somit sind alle bisher bekannt gewordenen Reformpläne völlig kontraproduktiv und würden der Wirtschaft buchstäblich endgültig das Genick brechen. Das kann und darf nicht in Ihrem Interesse sein.

Uns ist wichtig, vor allem auf drei besonders relevante Punkte hinzuweisen.

Viele Soloselbstständige blieben während der Pandemie von Corona-Hilfen ausgeschlossen und erhalten keine vergleichbare Entlastung wie andere Bevölkerungsgruppen. Hat demnach also bereits Überlebensstrategien und Resilienz entwickeln müssen.

Die BVMID vertritt über 1.000 mittelständische Unternehmen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung die Dringlichkeit dieser Lage erkennt und unverzüglich konkrete Maßnahmen ergreift. Sollte dies nicht zeitnah geschehen, werden wir die Konsequenzen für unsere Mitglieder auch öffentlich adressieren, um eine breite Diskussion über die Zukunft des Mittelstands in Deutschland anzustoßen.

Ein abschließendes Wort zu den nun konkret benannten Maßnahmen:

Die Senkung der Mineralölsteuer um 17 Cent für zwei Monate ist aus unserer Sicht weder zielgerichtet noch verlässlich wirksam. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass diese Entlastung nicht vollständig bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt, sondern zumindest teilweise von der Mineralölindustrie abgeschöpft wird. Eine solche Maßnahme entfaltet damit nur eine begrenzte und zudem unsichere Wirkung.

Die Möglichkeit für Arbeitgeber, eine steuer- und abgabenfreie Krisenprämie von bis zu 1.000 Euro auszuzahlen, verlagert die Verantwortung für staatliche Entlastung faktisch auf die Unternehmen. In der aktuellen wirtschaftlichen Lage ist dies nicht nur ein problematisches Signal. Hier sollen Wohltaten auf die Unternehmer abgewälzt werden.

Hinzu kommt ein strukturelles Gerechtigkeitsproblem: Von dieser Regelung profitieren ausschließlich Beschäftigte in wirtschaftlich leistungsfähigen Betrieben. Arbeitnehmer in angespannten Unternehmen gehen leer aus. Selbstständige, Solounternehmer, Handwerker, Rentner und Studierende werden vollständig ausgeschlossen. Die Maßnahme verstärkt damit bestehende Ungleichheiten, anstatt sie abzumildern. In der Gesamtschau entsteht der Eindruck, dass die Maßnahmen weder sozial ausgewogen noch in ihrer Wirkung ausreichend durchdacht sind. Somit ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die es am dringlichsten benötigen würden!

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf, die gewählten Instrumente zu überdenken. Eine Erhöhung der Steuerfreibeträge sowie eine Anpassung der Progression würden eine breite, verlässliche und vor allem gerechtere Entlastung für alle Einkommensgruppen gewährleisten. Nicht mehr verfehlte Einzelmaßnahmen sind angezeigt, es muss ein konsistentes System geschaffen werden, auch wenn das noch so „aufwendig“ ist.

Forderungen des BVMID an die Bundesregierung

Allgemein:

- höherer Grundfreibetrag
- automatische Inflationsanpassung
- eine Art negative Einkommensteuer
- Vereinfachung statt Sonderregeln

Konkret Mittelstand:

- Sofortige Entlastung des Mittelstands durch Senkung der Energiepreise, Abgabenlasten und signifikanten Abbau bürokratischer Hürden.
- Flexiblere steuerliche Regelungen sowie konkrete Hilfsprogramme für Soloselbstständige und kleine Betriebe.
- Gezielte Förderung von Innovation und Investition, um Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler und internationaler Ebene zu sichern.

Wir stehen jederzeit für konstruktive Gespräche bereit und erwarten eine zeitnahe Rückmeldung über geplante Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Kajetan Brandstätter
BVMID Präsident



Klaus H. Radtke
Leiter Politik & Pressesprecher